

## Antrag

**der Abgeordneten Dr. Norbert Lammert, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, Steffen Kampeter, Hartmut Koschyk, Anton Pfeifer, Dr. Erika Schuchardt, Margarete Späte, Erika Steinbach, Dr. Rita Süßmuth und der Fraktion der CDU/CSU**

### Hauptstadtkulturförderung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu der besonderen Verantwortung des Bundes für Berlin. Dies gilt in besonderer Weise für die kulturelle Entwicklung. Der Kulturstaat Deutschland muss unter Wahrung der originären Verantwortlichkeiten der Länder und ihrer beispielhaften kulturellen Vielfalt ganz besonders in der Hauptstadt sichtbar sein.

Das reiche kulturelle Erbe des preußischen Staates und die besonderen Bedingungen einer jahrzehntelang geteilten Stadt haben die Kulturszene Berlins in einzigartiger Weise geprägt und zugleich eine außergewöhnliche Vielfalt entstehen lassen, deren Wahrung und Weiterentwicklung die Leistungsfähigkeit der Stadt alleine überfordert. Auch deshalb muss der Bund neben dem Land Berlin eine besondere kulturpolitische Verantwortung in der Hauptstadt wahrnehmen, die seine bisherige Förderung der langjährigen Bundeshauptstadt Bonn angemessen und dauerhaft fortsetzt.

Die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Berliner Kultur/-szene kann die überfällige Lösung struktureller Probleme nicht ersetzen; beides sind notwendige Voraussetzungen der angestrebten Entwicklung von Kunst und Kultur in der deutschen Hauptstadt.

2. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung die baldige Vorlage eines Berichtes, der das künftige Konzept der Hauptstadtförderung verdeutlicht und Auskunft gibt über
  - die Absichten der Bundesregierung zur künftigen Kulturförderung in Berlin und Bonn
  - die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Dotierung der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt
  - die Regelungen, mit denen sichergestellt wird, dass die Bundesmittel gezielt zur Förderung von Kultureinrichtungen und Projekten und nicht zur allgemeinen Entlastung des städtischen Haushaltes verwandt werden
  - die Transparenz der Mittelverwendung

- die Vorstellungen der Bundesregierung zur Übernahme institutioneller Verantwortung für einzelne Kultureinrichtungen sowie zur flexiblen Förderung konkreter Projekte
  - die künftige Förderung des Deutschen Historischen Museums in Berlin und des Hauses der Geschichte in Bonn
  - die Planungen zur „Museumsinsel“ sowie zum Berliner Stadtschloss
  - den Stand der Verhandlungen mit Berlin und Bonn.
3. Der Deutsche Bundestag lädt die Länder ein, sich an dieser Diskussion über Hauptstadtkulturförderung zu beteiligen und dazu einen eigenen Beitrag zu leisten.

Berlin, den 12. April 2000

**Dr. Norbert Lammert**  
**Bernd Neumann (Bremen)**  
**Renate Blank**  
**Steffen Kampeter**  
**Hartmut Koschyk**  
**Anton Pfeifer**  
**Dr. Erika Schuchardt**  
**Margarete Späte**  
**Erika Steinbach**  
**Dr. Rita Süßmuth**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**